

Volkswacht

für Schlessien

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Anzeigengeschäft: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienangelegenheiten, Verlobungs-, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 2 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Ringstraße 4/6) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bürgerblockregierung Stegerwald!

Deutschnationalen schluden alles: Republik, Versailles, preussische Koalition, Verbot der Rechtsradikalen.

„Bedingungen“ des Zentrums von den Deutsch- nationalen angenommen.

Der „Sozialdemokratische Parlaments-Dienst“ meldet: Unter dem Druck der bürgerlichen Parteien mußte der mit Regierungsbildung beauftragte frühere Reichsfinanzminister Herr am Dienstag seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen. Schon am Montag hatten zwischen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Deutschnationalen Verhandlungen über die Bildung eines Bürgerblocks stattgefunden. Die Volkspartei stellte keine wesentlichen Bedingungen, während das Zentrum seine Mitarbeit von Erfüllung mehrerer Voraussetzungen abhängig machte. Die Demokraten lehnten einen Eintritt in den Bürgerblock ab, erklärten sich jedoch bereit, unter bestimmten Voraussetzungen ihm gegenüber eine neutrale Haltung zu üben. Die Voraussetzungen des Zentrums und der Demokraten forderten vor allem von den Deutschnationalen bestimmte Erklärungen, die sich auf die Wahrung der Rechtsgültigkeit des Versailler Vertrages und die Abgrenzung des Rheinlandes bezogen. Außerdem wurde eine Erklärung über die Bekämpfung der illegalen Verbände als Fortführung der allgemeinen Politik Stresemanns verlangt. Am Vorabend des Dienstags nachmittags wurden über diese Bedingungen Verhandlungen geführt, in deren Verlauf das Zentrum eine Beteiligung unter dem von den Deutschnationalen als Reichsminister präsentierten Duisburger Bürgermeister Dr. Farnes ablehnte. Diese Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Die Parteien einigten sich deshalb, den Fraktionen die Entscheidung zu überlassen. Der alten Dingen spielte die Frage der Großen Koalition in Preußen während der Beratungen eine große Rolle, da die Deutschnationalen ihre Beteiligung an einer Regierung im Reich und ihre endgültige Zulassung über die Voraussetzungen des Zentrums hiervon abhängig machten. Gegen Abend trat die Fraktion des Zentrums zusammen und beschloß, die deutschnationalen Forderungen auf Lösung des Koalitionsverhältnisses in Preußen als unannehmbar abzulehnen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei kam nach einer längeren Beratung zu dem Entschluß, daß die Lösung des Koalitionsverhältnisses in Preußen Anzeichen gegen die preussische Fraktion sei und eine Entscheidung über die Beteiligung der Volkspartei an der Fraktion des Reichstages überlassen müsse. Die Demokraten lehnten von vornherein das Ansuchen der Deutschnationalen ab.

Aller Wahrscheinlichkeit nach beteiligen sich auch die Demokraten nicht aktiv an der Bildung des Bürgerblocks. Ihre endgültige Entscheidung dürfte in einer heute stattfindenden Sitzung gefaßt werden.

Daß der frühere Minister Albert Scheiterte, liegt offenbar daran, daß er kein zweiter Cuno geworden wäre. Adam Stegerwalds politische Stellung wird bestimmt durch die Tatsache, daß in den von ihm geführten christlichen Gewerkschaften Zentrum angehörige und Deutschnational eine ständige Koalition bilden. Seine Wirksamkeit als preussischer Ministerpräsident hat gezeigt, wie er eine sozialistische Politik in scheindemokratischer Form und mit reaktionärer Praxis zu führen gekonnt ist. Damals kam der Zusammenbruch dieser Politik trotz Unterstützung der Deutschnationalen überraschend schnell, weil im bürgerlichen Lager selbst von links her Widerstand gegen den Rechtsabmarsch entstand. Diesmal mag dieser Widerstand der Bürgerlichen geringer sein. Dafür kommt aber im Reich die außenpolitische Aufgabe hinzu, der gegenüber Herr Stegerwald mit seinen früheren starken „nationalen“ Worten allein sachlich nichts ausrichten wird.

Diese Erkenntnis ist bei den Deutschnationalen ja bereits da. Der „nationale“ Teil ihrer Forderungen wird bereits jetzt gestrichen, wenn man dafür Ministerposten bekommen kann! Und diese Leute reden über Futtertruppenpolitik! Je weniger sie allerdings gegen Versailles und gegen Poincaré ausrichten werden, desto mehr werden sie nach innerpolitischen Erfolgen gegen die Arbeiterklasse und gegen den republikanischen Teil der Bevölkerung streben. Vielleicht werden sie Reichstagswahlen machen wollen, noch bevor sie dem Volk eine längere Probe ihrer Regierungskunst zugemutet haben. Es gilt also jetzt, wachsam und tätig als je zu sein, damit das Volk dann wenigstens auch die Lehre aus der deutschnationalen Regierungsprobe ziehen kann.

Welche Bestimmungen über Arbeitszeit gelten jetzt noch?

Unklar wird uns mitgeteilt: Nachdem die Gültigkeit der Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten mit dem 17. November 1923 abgelaufen ist, gelten zur Zeit wieder die Beschäftigungsbeschränkungen der Gewerbeordnung. Die Beschränkungen der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 28. November 1923 und die des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage vom 17. Juli 1922 sind unberührt geblieben. Selbstverständlich bestehen auch die durch Tarif- und Arbeitsverträge geschaffenen Bindungen trotz des Fortfalles der gesetzlichen Bestimmungen weiter. (Die Sozialdemokratie drängt beifolglich auf rasche Abschaffung des Arbeitszeitgesetzes mit dem normalen Neujahrstag, das die Mittelparteien grundsätzlich in der Großen Koalition aufgestellt haben, dessen Verabschiedung aber noch nicht erfolgt. Red.)

Der sozialdemokratische Parteiausschuß

trat am Dienstag vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der nach Erledigung einiger organisatorischer Fragen Genosse Hermann Müller der Redner über die Reichspolitik sprach. In der anschließenden Debatte wurden die Zustände in Baden, Sachsen und Thüringen und die Verhältnisse im besetzten Gebiet eingehend behandelt. Zur Regierungssitzung wurde ein Beschuß nicht gefaßt, da nach der Haltung der bürgerlichen Parteien die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung nicht gegeben sind. Die Debatte ergab, daß die große Mehrheit des Parteiausschusses mit der Haltung der Fraktion gegen das Kabinett Stresemann einverstanden war. In der Fortsetzung der Beratungen teilte Genosse Wels mit, welche Schritte der Parteivorstand unternommen hatte, um Dr. Feigner zu veranlassen, die Behauptungen zu beweisen, die er auf dem Berliner Parteitag über angebliche moralische Korruption in führenden Kreisen der Reichsregierung aufgestellt hatte. Der Parteiausschuß stellte fest, daß Dr. Feigner auf wiederholte Aufforderungen diese Behauptungen weder aufrechterhalten noch beweisen habe. Des weiteren beschäftigte sich der Parteiausschuß in längerer Aussprache, die durch ein ausführliches Referat des Genossen Wels eingeleitet wurde, mit der in der Partei bestehenden organisierten Opposition. Im Anschluß an das Referat des Genossen Wels wurden zu der zur Debatte stehenden Frage folgende Resolutionen vorgelegt:

Was wird aus der Währung?

Der Reichswährungskommissar Dr. Schacht macht u. a. folgende Mitteilung: Der Druck der Reichsrentenmark soll im Laufe des Dezember ganz beendet sein. In zwei bis drei Wochen wird ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittelbedarfes ausreichender Betrag in Rentenmark in den Verkehr gebracht sein. Im gleichen Tempo wird sich der Betrag des Notenumlaufs und der Girogehalt der Reichsbank vermindern. Da zur Zeit der Kreditweg noch nicht offen steht, kann die Rentenmark seitens der Wirtschaft nur gegen Eingabe von Papiermark oder Giroguthaben erworben werden. Mit dem Einbringen der Rentenmark in den Verkehr ergibt sich eine Papiergeldknappheit, die der bisherigen fortgesetzten Papiergeldverwertung mit Sicherheit entgegenwirken muß. Die Reichsbank wird jede neue Papiermarkinfektion zu verhindern suchen. Die zunehmende Verknappung der Reichsmark kann auf den Devisenmarkt nicht ohne Einfluß bleiben, und es wird ein gewisses Gefühl der Verunsicherung Platz greifen darüber, daß die Währungsreform einen leicht und klar vorgezeichneten Weg geht. Ob und in welcher Weise die Reichsmark in einem gegebenen Zeitpunkt zu einem anderen Zahlungsmittel oder Wertpapier in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, darüber kann erst entschieden werden, wenn die Entwicklung weiter vorgeschritten sein wird. Gegenwärtig liegt keine Veranlassung vor, den Charakter der Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel zu ändern, wenn gleichzeitig die Rentenmark in ihrer starken goldhyphetarischen Fundierung als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems ihre Bedeutung erhalten wird. Inwieweit werden die Bemühungen der Reichsbank einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldkrediten fortgesetzt.

Auch Preußen schafft Notgeld.

Die preussische Staatsregierung hat sich gezwungen gesehen, zur Deckung der dringendsten staatlichen Ausgaben mit der sofortigen Herausgabe wertbeständiger staatlichen Notgeldes zu beginnen. Das Geld ist durch die Deponierung von Goldanleihe voll gedeckt. Es wird in vier Abteilungen ausgeben und zwar zu 0,42 Goldmark, 1,05 Goldmark, 2,10 und zu 4,20 Goldmark.

1. „Der Parteiausschuß erklärt das Bekleben und die Förderung geschlossener oppositioneller Organisationen innerhalb der Partei und das Bekleben eines besonderen Organs mit besonderer parteipolitischen Tendenz für unvereinbar mit der Aufrichterhaltung der Parteeinheit und fordert den Parteivorstand auf, dagegen mit allen zweckdienlichen Mitteln einzuschreiten.“

2. „Das Organisationsstatut der Partei regelt die für die Durchführung der Parteioptionen und ihrer Aufgaben sowie der Fraktionen der Partei in den Parlamenten.“

3. „Mit diesen Bestimmungen des Statuts der Gesamtpartei dürfen die statutarischen Bestimmungen der Bezirke nicht im Widerspruch stehen.“

Die Stellung der parteieigenen Landes- und Bezirksfraktionen und der Landes- und Bezirksfraktionen zu einander entspricht nicht der Stellung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses zu einander.

Der Parteiausschuß stellt daher fest: Die Landtagsfraktionen der Partei haben in den Landesparlamenten auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben. Beschlüsse von Parteioptionen oder Landesinstanzen der Partei haben für die Landtagsfraktion die Bedeutung parteieigenen Vorschläge und Gesuchen, deren Würdigung und Verwirklichung bei der endgültigen Entscheidung dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegt.

Für ihre Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen nur der Gesamtpartei verantwortlich.

4. „Der Parteiausschuß wolle beschließen, das im Referat des Genossen Wels enthaltene Material den Bezirken zugänglich zu machen.“

Die Resolution Nr. 1 wurde gegen acht Stimmen angenommen, der Antrag 2 gegen sechs Stimmen und der Antrag 3 gegen fünf Stimmen.

Ein eigener Drahtbericht meldet uns: Der Reichspräsident hat gestern in später Abendstunde den Reichsminister Adam Stegerwald empfangen, der von den Parteien des Bürgerblocks als Kanzlerkandidat vorgeschlagen wurde. Einen Auftrag zur Regierungsbildung hat Stegerwald noch nicht erhalten. Doch ist damit zu rechnen, daß ein solcher Auftrag am Ende des heutigen Tages erteilt wird. Diese Meldung ist gegeben, nachdem die Deutschnationalen sich in einer schriftlichen Formulierung bereit erklärt haben, die Voraussetzungen des Zentrums und der Demokraten anzunehmen. Sie sind plötzlich bereit, sich „auf den Boden“ der von ihnen seit Monaten mit allen Mitteln bekämpften Weimarer Verfassung zu stellen. Sie wollen plötzlich auf die Wichtigkeit der Wahrung des Versailler Vertrages verzichten und damit eine ihrer ersten programmatischen Forderungen gegen die Regierung aufgeben. Sie haben sich fernerhin bereit erklärt, die Regeln und Bestimmungen der bisherigen Linie mit fortzusetzen. Infolgedessen ist die Koalition in Preußen nicht sofort möglich. Dagegen wird den illegalen Verbänden ein Kampf angesetzt.

Die „Vossische Zeitung“ sagt zu der Haltung der Deutschnationalen: „Nur wer die Sehnsucht der Deutschnationalen nach der Regierungskrippe kennt, wird verstehen, daß sie sich zu diesem Opfer von Überhebungen und feierlichen programmatischen Forderungen haben verstehen können. Der „Vorwärts“ bemerkt: „Jetzt soll das Licht des „Christlich-nationalen“ wieder plötzlich der Regierung der Deutschnationalen vorantreiben. Sein Arbeitername soll das Heigenblatt der offenen Reaktion bleiben. Das Zentrum hat die alte Republik den bisher populärsten Kanzler in Josef Stegerwald zu bieten, um damit auch offiziell zu betonen, welche Wandlung sich mit dem deutschen Bürgerium im Hinblick der Verfassung vollzogen hat.“

Amil. Deharsurs vom Dienstag 4 189 500 000 000
1 Goldmark = 1 002 500 000 000 Papiermark.

Zwei Verordnungen

Schlesischen Militärbefehlshabers.

Der Militärbefehlshaber der 2. Kavallerie-Division erläßt die folgenden Verordnungen:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 27. September 1923 bestimmte ich im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister folgendes:

Die Inhaber von Gaststätten, Kaffeehäusern, Restaurants, in denen nachweislich mit Devisen und anderen Mitteln gehandelt wird, machen sich mit ihren Angehörigen gemäß obiger Verfügung strafbar, wenn sie diesen Handel dulden. Die Polizeiverwaltungen sind ermächtigt, die betreffenden Räume zu schließen und sie für gemeinnützige Zwecke (Volkshäuser usw.) auszunutzen. Sämtliche Personen, die den Wunsch haben, unter Wirtschaftslieben von unfauberen Elementen zu reinigen, werden ersucht, an der Durchführung dieser Maßnahmen mitzuwirken.

Gleichzeitig verfüge ich als Zusatz zur Verordnung Nr. 5, daß die Verordnung Nr. 5 (Verbot der Aufforderung zur Arbeitseinstellung in lebenswichtigen Betrieben) vom 26. Oktober 1923 am Schlusse der Ziffer 1 durch aufzunehmen sind: Sämtliche Anlagen zur Gewinnung und Weiterverarbeitung von Brennstoffen aller Art unter und über Tage, sämtliche Werke des Bergbauwesens.

Von diesen beiden Verordnungen wird die gegen die kleinen Devisenschieber in Cafés usw. allgemeine Zustimmung finden, wenn sie auch die großen Devisenschieber, die sich in den Banken abspielen, nicht treffen vermag. Schon die günstige Wirkung für die Einstellung von Räumen zu gemeinnützigen Zwecken ist nicht zu unterschätzen, daß sie auch scharf durchgeführt wird, was ja bald zeigen muß.

Die Bedeutung der zweiten Verordnung geht aus dem Vorwort nur für den Rundbau und in anderen Verkehrsbetrieben sind fortan strafbar. Anlaß zu diesem Verbot gibt anscheinend der Ländliche Arbeiterstreik. Aber schon der Verbot Buchdruckerstreik hätte dem General zeigen können, daß diese Gewaltmittel in Wirtschaftskämpfen nicht den gewünschten Erfolg haben. Im allgemeinen ist die Streikneigung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage, in der ja die Arbeitgeber viel größere Schwierigkeiten haben, gering. Wo es trotzdem zum Streik kommt, muß die Erbitterung schon groß sein und ein solches Verbot nur stimmungverschärfend wirken. Die Lebenswichtigkeit der betroffenen Betriebe ist wohl auch freiwillig von den Gewerkschaften anerkannt worden, während das Verbot als eine Einschränkung der Arbeiterrechte empfunden werden wird, die vermeidbar war.

Ludendorff ging sofort in volle Dedung

München, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Ueber das Verhalten Ludendorffs bei dem Zusammenstoß mit der Hiltlergarde mit der Reichswehr am 9. November ist es eine Reihe von verschiedenen Lesarten. Neuerdings und im inswischen verbotenen „Oberbayer“ versuchen Ludendorffs Kritiker, eine „Ludendorffs“ auf das Haupt des Generals zu setzen, indem sie die Geschichte so darstellen, Ludendorff aufrecht durch die Feuergegarde der Hiltlergarde geschritten sei, während rechts und links von dem genialen Führer und Volkshelden die Kameraden tot zusammenbrachen. Ludendorff sei hierbei offenbar von dem Gott der Eisen wachsen für größere Aufgaben beauftragt worden. (Rechtlich schwindelhaft. Schließliche Tagespost.)

Zum Verfall am Dienstag die „Münchener Post“ eine nach dem Zusammenstoß übermittelte Darstellung war völlig unbedeutend. Ludendorff ohne hundertfaches Blendwerk sei folgendermaßen: „Die Hiltlergarde der Landespolizei wurde zum Teil durch Kolbenschläge, zum Teil mit vorgeschickten Gewehren und Revolvern entworfen, zum Teil überannt. In diesem Augenblick fielen von Hiltlerleuten auch die ersten Schüsse. Wenige Augenblicke später kam von der Reichswehr Feuer. Ich sah einen Fahnenträger Hiltler fallen. Unmittelbar darauf ließ ich General Ludendorff zu Boden fallen. Der rückwärtige Teil der anmarschierenden Hiltlerleute strömte zurück. Hiltler wandte sich um, die Hand mit der Waffe schützte sich und fuhr davon. Ich selber kam, da ich mich ebenfalls zu Boden warf, unmittelbar neben Ludendorff zu liegen. Durch das plötzliche Niederfallen Ludendorffs entstand dann das Gerücht, der General sei durch eine Kugel durchbohrt und tot. In Wirklichkeit blieb er eine lang regungslos auf dem Asphalt liegen. In seiner unmittelbaren Nähe lag der schwerverwundete Träger der Fahnenflagge, in verschiedenen Abständen waren tote und verwundete Hiltlerleuten, zum Teil furchtbar zugerichtet. Nachdem der General von der Reichswehr eingestrichelt, der Platz und die Straße besetzt waren, begaben sich Reichswehrliebe und Offiziere dem Verwundeten und Toten. Sie sahen dabei auf Ludendorff, der den Kopf hob. Ein Reichswehroffizier trat auf ihn zu und erklärte: „Gut, Sie sind verletzt.“ Ludendorff begann sich dann mit dem Offizier in die „Wachstube“. (Auch politisch ging Ludendorff ja immer in volle Dedung, nach dem Kampfbuch, als er nur „zu“ dabei gewesen war, nach dem Weltkrieg, als er nur vordem die rascheste Kapitulation empfahlen hatte! Red.)

Aus aller Welt.

Drahtlose Predigt.
Sonntag wurde zum erstenmal in Deutschland auf drahtlose Weise von Berlin aus eine Predigt verbreitet, die der Prediger Sieberts von der Melancholische hielt. Umrahmt wurde die Predigt von Gesangsvoorträgen und Gesangsliedern.

Zu Preß wegen der Lösung des Straßensanktionsrats Dr. Haas
Frankfurt a. M. wurde nach zehn tägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es erhielten der Bauarbeiter Konrad acht Jahre Zuchthaus, der Hausmeister Born und Fahrdrücker Fritz je drei Jahre Zuchthaus, der Hausmeister Brumming sechs Jahre Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen bis zu vier Jahren. — Dr. Haas war bei einer linksdemokratischen Demonstration erschlagen worden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Kreistag.

Mit warmen Worten zu gegenseitiger Verständigung und Ueberbrückung der politischen Gegensätze und einem offenen Bekenntnis zur Demokratie stellte sich der Vorsitzende des Kreises führende kommissarische Landrat Bachmann dem am 26. d. M. zu verantwortungsvoller Arbeit versammelten Kreistag vor. Wichtige Dinge standen zur Tagesordnung: Umwandlung der Kreissteuern in Goldmark, Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten, Erhöhung der Wohnungsbauabgabe und Errichtung eines Kreisarbeitsnachweises.

Zur Abhilfe der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit beantragte der Kreisausschuß, 300 000 Goldmark zu bewilligen und diese Mittel dem Kreis zu Chauffeurbauten, den Gemeinden, Gutsbesitzern, Wegebauverbänden und dergleichen zu Notstandsarbeiten und ebenso Privaten zu bemessenen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Das Kreiswegbauamt hat etwa 15 Projekte ins Auge gefaßt, die als Chauffeurbauten in Frage kämen. Genosse Strowitz begründete besonders, daß den Bauarbeiten mehrerer Dörfer der rechten Oberseite ein leichter Zugang zur Chantier Mühle geschaffen, daß die Gemeinde Kottwitz Anschluss an Chauffeure des Kreises erhalten und daß die langgeplante Verbindung Grünau-Katteln geschaffen werden soll. Er leitete sich weiterhin auch dafür ein, daß das Dorf Zweibrödt Chauffeure erhält und bebauerte sehr, daß Herr von Johnston, Sadewitz, jede Beteiligung an Chauffeurbauten in der Gegend von Poln-Studorf, Gaudau, Jöhnhüttel ablehnt; denn wenn man sich schon von den zahlreichen Projekten zur einige wenige ausgeführt werden können, so kommen die zuerst in Betracht. Von Wegebauverbänden oder andere zum Bau von Straßen Verpflichtete irgendwelche Schwierigkeiten machen. Es besteht nach menschlichem Ermessen dann für die betreffenden Gemeinden jährlicher keine Möglichkeit, Chauffeure zu erhalten. Strowitz hat weiterhin um umfängliche Verwirklichung der Straßen Grünau-Schauerwitz und Schalkau-Kreisgrenze; bei letzterem Bau sei es das Stützgut Schalkau, das durch seinen Widerstand das Projekt gefährde.

Genosse Hentschel brachte scharfe Klage über den heutigen Zustand des Dorfes in dem vor und hat, durch Notstandsarbeiten für einen Ablauf vom Teufel zu sorgen, um so der dem Ort drohenden Seuchengefahr zu begegnen. Da mit der Ausführung von Chauffeurbauten allein die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich bekämpft werden kann, brachte die sozialdemokratische Fraktion den Vorschlag ein: Der Kreisausschuß wird ermächtigt, zum Zwecke der Vorbereitung der gemeinnützigen Wohnhausbauten im Jahre 1924 innerhalb des Kreises Kredite bis zur Höhe von 500 000 Goldmark bereitstellen oder Bürgschaften für Gemeinden des Kreises oder für gemeinnützige Bauunternehmungen bis zu demselben Betrage zu übernehmen.

Wohl erkannten alle „Bürgerlichen“ Redner den Inhalt dieses Antrages als berechtigt an und es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß Wohnungsbau und Wohnungsreparatur als Notstandsarbeiten betrachtet werden; da aber der Antrag von den Sozialdemokraten ausging, so mußte natürlich von deutschnationaler Seite daran herumgemacht werden. Und nach kurzer Beratung des Kreistages wurde mit den Stimmen der „Bürgerlichen“ die von uns beantragte Summe von 200 000 Goldmark abgelehnt, nach dem die von der Majorität, daß diese Gelder auch zur Wiederherstellung verfallener, zurzeit nicht mehr bewohnbarer Räume in Privatbesitz vermandt und nur als Kredite oder Zwischensubventionen gegeben werden. Ein heftiger Rebellkampf entbrannte dann noch um die Lohnfrage; nach recht langen, offensichtlich nicht arbeiterfreundlichen Bemühen der Deutschnationalen, wird das Wort „Lohn“ bei den Notstandsarbeiten ganz ausgespart. Die „Bürgerlichen“ öffneten Tür und Tor für die Willkür der Unternehmer in Verbindungen, als sie gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen, „daß ein auskömmlicher Stundenlohn gewährleistet wird.“ Diese Bestimmung ist durch ihre Dehnbarkeit dazu geeignet, die begründete Unzufriedenheit und das Mißtrauen der Arbeitnehmer zu halten. Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß einzelne Unternehmer die Notlage der Arbeitslosen auszunutzen werden zu mühevoller Gewinn. Sehr sonderbar kam jedoch die Anfrage eines deutschnationalen Kreistagsabgeordneten, ob durch die Erwerbslosengelder private Arbeiten ausgeführt werden könnten, die anderenfalls unterbleiben, wenn die vollen Tariflöhne zu zahlen wären.

Längere Zeit beanspruchte noch die Debatte über den Arbeitsnachweis für den Kreis Breslau-Land. Dieser ist bis jetzt dem städtischen Arbeitsnachweis auf dem Sonnenplatz unterstellt. Da aber dort die Interessen der Kreisbewohner nicht so zur Geltung gebracht werden können als es notwendig ist, muß an die Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweises gedacht werden; darüber herrschte nur eine Meinung. Geheimer Meinung war man eine Zeitlang nur darüber, ob man einen selbständigen Arbeitsnachweis schafft in Anlehnung an das Wohlfahrtsamt des Kreises oder den Nachweis der Stellenvermittlung der Landwirtschaftskammer angliedert. Genosse A. Klose, Groß-Maschinen, trat auf Grund seiner reichen Erfahrung auf diesem Gebiete für das Ertere ein, und schließlich einigte man sich in diesem Sinne, wohl deshalb, um Berufsamt, Arbeitsnachweis und Arbeitsstelle für Kriegesbeschädigte und -Hinterbliebene zu zentralisieren.

Außer diesen wichtigeren Dingen gab es noch einen ganzen Strauß von Vorlagen: Mit der Änderung der Kreisbandsteuer-Ordnung — der erste Hund kostet jetzt 50 Goldpfennig — der Schankkonzessionssteuer-Ordnung, der Verwaltungs- und Anerkennungsgeldverordnung ist der Kreistag einstimmig einverstanden, ebenso wie mit der Einführung der Goldpartikonten und der Errichtung von Annahmestellen der Kreispartikonten im Landkreis. Von der Niederschlesischen Landesbibliothek übernimmt der Kreis einen Geschäftsanteil; die Stammeinlage bei der „Schlesischen Heimstätte“ wurde erhöht. Eine neue Kreisverwaltungssteuer verfiel dagegen bei Stimmengleichheit der Ablehnung, weil die „Bürgerlichen“ mit einer Ausnahme nicht dafür zu haben waren. Zu einer wesentlichen Erhöhung der Wohnungsbauabgabe fanden den Mut von den 28 Abgeordneten 18. Die Deutschnationalen und zwei Herren vom Zentrum verhielten sich ablehnend, ob aus dem Gedanken heraus, daß durch das bisher Geleistete die Wohnungsmot im Kreise behoben sei, mag dahingestellt bleiben.

Ferner wurde die Bürgschaft für ein Darlehen der Landfrankenkasse und die Versicherung der freiwilligen Feuerwehren gegen Unfall und Haftpflicht übernommen. Nach der Wahl mehrerer Amtsvorsteher und Amtsvorsteherstellvertreter und nach Erledigung anderer Anfragen schloß der kommissarische Landrat die Sitzung, seiner Freude darüber Ausdruck gebend, daß der Kreistag ihm die Mittel in die Hand gegeben, in den nächsten Monaten die große Not im Kreise einigermaßen lindern zu können.

Carlswitz. Die letzte Gemeindevorstandssitzung beschloß für die hiesige Gemeinde ein Ortsamt, monach alle Haushaltungsvorstände verpflichtet sind, Nachschubdienste im hiesigen Ort zu leisten. Wegen der zunehmenden Diebstähle sind die beiden angestellten Wächter zu wenig. Befreit von dem Wachdienst sind die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. — Den beiden hiesigen Schwefelsteinwerken wurde eine monatliche Beihilfe von je 10 Goldmark auf Widerruf bewilligt. — Die vom Armenfürsorge-Ausschuß eingeleitete und von allen Korporationen der hiesigen Gemeinde unterstützte, Notstandshilfe zugunsten der Ortsarmen zeigte ein gutes Ergebnis. Es wird möglich sein, 20 Krone je mit einem Zentner Steinöl, einem Zentner Reis, einem Zentner Bohnen, Gähnen, Mehl, Zucker und Geld zu bedenken. In 18 der Vierstufen konnte Brot und Margarine, an einige auch warme Unterwäsche gegeben werden.

Nichtpreise des Nahrungsmittelgroßhandels

vom 27. November

im Verkehr mit dem Einzelhandel (offiziell festgestellt nach ministeriellen Richtlinien durch die bestellte Notierungskommission). Die Preise verhalten sich in Goldmark für 50 kg ab Lager Breslau.

Getreide, weiß, 27.00-28.50	Getreide, rot, 25.50-26.50	Getreide, grau, 25.50-26.50	Getreide, schwarz, 25.50-26.50
Getreide, weiß, 27.00-28.50	Getreide, rot, 25.50-26.50	Getreide, grau, 25.50-26.50	Getreide, schwarz, 25.50-26.50
Getreide, weiß, 27.00-28.50	Getreide, rot, 25.50-26.50	Getreide, grau, 25.50-26.50	Getreide, schwarz, 25.50-26.50
Getreide, weiß, 27.00-28.50	Getreide, rot, 25.50-26.50	Getreide, grau, 25.50-26.50	Getreide, schwarz, 25.50-26.50

*) ab Herbst, **) ab Breslau.

Für den Einzelhandel sind die ortsüblichen genehmigten Aufschläge diesen Preisen hinzuzurechnen.

Breslauer Produktenbörsen vom 27. November.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 27. November 1923 tatsächlich gezeigten Preise ab hiesiger Verladekation. Getreide: Getreide etwas gefragt. — Hülsenfrüchte: Fest. — Hauptkriter: Bei bedeutendem Umlauf fest. — Futtermittel: Stetig. — Mehl- und Mahlsprodukte: Rühriger.

Tägliche Amliche Notierungen (100 kg) in Goldmark:			
Getreide:	27.	28.	Deffanten
Weizen	18,90	18,90	Honigsaat
Roggen	18,00	18,00	Deffanten
Hafer	15,00	15,00	Mohn, blau
Gerste Som.	18,40	17,60	Rapsblau
Wint.	—	—	Seiffanten

Hülsenfrüchte per 100 kg:			
	27.	18.	
Bittererbsen	52-60	48-52	Werbbohnen
„ gute	46-50	38-42	Wint.
„ gelbe Erbsen	—	—	Wint.
„ rote	—	—	Wint.
„ weiße Bohnen	44-50	32-35	Wint.
„ Rangobohnen	—	—	Wint.

Mehlfutter:			
	27.	28.	
„ u. W. Drahtmehl	1,20	1,20	geb. Gerst. u. Haf. St.
„ u. W. Bspmehl	1,00	1,00	Roggen-Str. Brestbr.
„ u. H. Drahtmehl	1,20	1,20	Roggen-Str. Glogabr.
„ u. H. Bspmehl	1,00	1,00	Heu, gelund, trocken
geb. Weiz. u. R. Str.	0,75	0,75	Heu, gut, gel., trocken

Futtermittel. Nachstehende amliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 kg Parität Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

	27.	28.	
Weizenkleie	8,20-8,60	8,20-8,60	Wahlweizen
Roggenkleie	8,20-8,60	8,20-8,60	Trudenknäuel
Reis	—	—	Wahlweizen
„	—	—	Wahlweizen
„	—	—	Wahlweizen

Amliche Notierung für Mühlenzweckstoffe (für 100 kg).

	27.	28.
Meizenmehl	30,50	30,50
Roggenmehl	30,50	30,50
Maiszweckmehl	35,00	35,00



Hokus, pokus
Erdal gibt die Kraft,
Schon glänzen die Schuhe
zauberhaft.

Erdal

Wasser, Metzger, Gm. d. d. d.
Parteigenossen und Genossinnen
werbt ständig für die Volkszeitung!

Gewerkschaftsbewegung.

Verordnung über Notstandsarbeiten.

Der Reichsarbeitsminister hat auf Grund des § 13 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge und der §§ 1, 9 und 12 der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge neue Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten erlassen, denen wir folgendes entnehmen: Notstandsarbeiten sind Arbeiten, die mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gefördert werden. Besondere Förderung verdienen Notstandsarbeiten, die geeignet sind, die Menge einheimischer Rohstoffe zu vermehren, die in hohem Maße sachlichen Aufwand verbrauchen, Arbeiten, denen ein volkswirtschaftlicher Wert nicht zukommt, sollen grundsätzlich nicht unterstützt werden. Als Träger der Notstandsarbeiten gelten nur Körperschaften des öffentlichen Rechts, gemeinnützige wirtschaftliche Unternehmungen und Privatunternehmungen, soweit ihre Tätigkeit nicht auf den Erwerb gerichtet ist. Die Förderung einer Notstandsarbeit soll im allgemeinen nicht über die Dauer von sechs Monaten hinausgehen. Die Notstandsarbeiter dürfen nur dem öffentlichen Arbeitsnachweise entnommen werden und müssen mindestens zwei Wochen vor Zulassung zur Notstandsarbeit Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, wobei diejenigen zu bevorzugen sind, die schon längere Zeit erwerbslos sind. Eine Beschäftigung des Notstandsarbeiters ist nicht als Arbeitsverhältnis, sondern als eine Form der Erwerbslosenfürsorge anzusehen. Seine Arbeit stellt die Gegenleistung für die Unterstützung dar. Bei Arbeitsverweigerung kann die Unterstützung entzogen werden. Beträgt die Arbeitszeit wöchentlich mehr als 24 Stunden, so erhöht sich die wöchentliche Hauptunterstützung für je 2 weitere Stunden um 20 Prozent. Jedem Notstandsarbeiter muß eine bestimmte Mindestleistung vorgegeben werden. Für besonders schwierige und gute Arbeitsleistung sollen Prämien festgesetzt werden, die aber in ihrem Gesamtbetrag für je 8 Stunden 5 Prozent des wöchentlichen Hauptunterstützungsbetrags nicht übersteigen dürfen. Falls nicht genügende Arbeitsmöglichkeiten für alle Erwerbslosen eines Bezirkes vorhanden sind, so soll nach Möglichkeit in mehreren kurzen Schichten gearbeitet werden, andernfalls sollen die Notstandsarbeiter im allgemeinen nach 36 Arbeitstagen ausgemustert werden. Die Gemeindeaufsichtsbehörden haben das Recht, bei sogenannten kleinen Notstandsarbeiten den oben erwähnten Zuschlägen zu widersprechen, falls die Bestimmungen nicht innegehalten werden. Große Notstandsarbeiten dürfen nur gefördert werden, wenn sie mindestens 2000 Arbeitsloftagewerke umfassen. Die „Förderung“ soll im allgemeinen das Doppelte der gewöhnlichen Erwerbslosenunterstützung, nur in Ausnahmefällen das 2½fache nicht übersteigen. Notstandsarbeiten, aus denen ein Ertrag zu erwarten ist, dürfen nur gefördert werden, wenn dem Staat und dem Land ein angemessener Anteil an dem Ertrage gesichert ist. Darlehen dürfen nur werbeständig und mit werbeständiger Verpfändung gegeben und sollen planmäßig getilgt werden. Die Tilgungsfrist darf 10 Jahre nicht übersteigen. Eine große Notstandsarbeit darf nur gefördert werden, wenn sie als der Förderung würdig und bedürftig anerkannt worden ist. Der Antrag auf Förderung soll vor Beginn der Arbeit gestellt werden. Nur in besonderen

Morgen abend, pünktlich 7 1/2 Uhr

3 Volks-Versammlungen

die sich beschäftigen mit dem

Regierungskurz, der Bucherwirtschaft

und

Was fordert die Sozialdemokratie?

Versammlungsjale sind:

Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17,
Zentral-Balkon, Westendstraße 50/52,
Bergeller, Klefischstraße

Kedner die Genossen

Dr. Eckstein, Wache, Winzer.

Macht in allen Betrieben, in allen Häusern
auf diese Versammlungen aufmerksam!

Zur Bedeckung der Unkosten 5 Pfennige Eintritt.

Ausnahmefällen kann er noch bis zu 4 Wochen nach Beginn der Arbeit zugelassen werden. Für die Anerkennung einer Notstandsarbeit ist die Reichsarbeitsverwaltung (Reichsamt für Arbeitsvermittlung) u. a. zuständig, wenn ein Darlehen gewährt werden soll, oder wenn sich die Notstandsarbeit auf einen längeren Zeitraum als 6 Monate erstreckt. Im allgemeinen ist die Oberste Landesbehörde für die Anerkennung zuständig. Die Förderung der großen Notstandsarbeiten wird aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge bestritten. Die Reichsarbeitsverwaltung kann den Ländern Darlehensvorläufe gewähren, die am Schluß des Rechnungsjahres wieder einzuziehen sind und die den jährlichen Betrag der Reichsanteile an den Notstandsarbeiten nicht übersteigen dürfen. Ein zugesicherter Förderungsbetrag kann von der Obersten Landesbehörde verpfändet werden, wenn der Träger der Notstandsarbeit der zuständigen Verwaltungsbehörde nicht spätestens innerhalb 3 Monaten eine prüfungsfähige Abrechnung vorlegt.

Diese Bestimmungen treten mit dem 3. Dezember 1923 in Kraft, während gleichzeitig die Ausführungsbestimmungen vom 23. Dezember 1922 und vom 25. Oktober 1923 außer Kraft gesetzt werden. Bereits laufende Notstandsarbeiten sollen baldmöglichst, spätestens bis zum 29. Dezember 1923, nach den neuen Bestimmungen umgestaltet werden.

Wertbeständige Kostgeldbeihilfen für Handwerkerlehrlinge.

Nachdem das Finanzamt den Wert der Natural- und Geldbeihilfen für Lehrlinge usw. auf täglich 0,50 Goldmark festgesetzt hat, soll die Kostgeldbeihilfe für die Lehrlinge nach den Richtlinien der Handwerkskammer

im 1. Jahr 0,75 Goldmark = 750 Milliarden
im 2. Jahr 1,50 Goldmark = 1500 Milliarden
im 3. Jahr 2,25 Goldmark = 2250 Milliarden
im 4. Jahr 3,00 Goldmark = 3000 Milliarden

pro Woche betragen. (Ab 23. November 1 Goldmark = 10 Milliarden Papiermark.) Die Handwerkskammer erwirbt Lehrlinge dringend, in ihrem Bezirk mit Rücksicht auf ungeheure Geldentwertung, die Kostgeldbeihilfen in Höhe dieser Sätze anzupassen.

Diese Festsetzung der Kostgelder geht über den Antrag Gesellen bei der Kammer gegenwärtig hinaus und an den Werkstätten und ihren Mitgliedern in den Provinzial-Gesellenvereinen sowie an den Eltern der Lehrlinge liegt es, das obige Sätze gefordert, in den einzelnen Innungen vereinbart und damit zur Ausführung an die Lehrlinge gelangen.

Den Mitgliedern der Gesellenvereine in Breslau zur Kenntnis, daß die nächste Zusammenkunft der Innungen am 2. Dezember, Festsetzung der Kostgeldbeihilfen nach Gesellenstudenbuch, 1. Jahrgang, unteren Frühjahrsantrag, der 3, 5, 8, 12 Stunden beträgt, umzusetzen sind

3 Stundenlöhne im ersten Jahr	6	zweiten	9
6	zweiten	9	zweiten
9	zweiten	12	zweiten

eines Gesellen von 20 — 22 Jahren zu setzen. (Es entspricht dem bisherigen Abstand in den einzelnen Jahren und dem geltenden Satz.)

Die Gesellenvereine in den Provinzial-Gesellenvereinen des Regierungsbezirks Breslau mögen ebenfalls prüfen, mit ihren Innungen auf vorliegender Grundlage die Kostgeldbeihilfen festzusetzen.

Die Presse der Arbeiterschaft im Regierungsbezirk Breslau wird um Abdruck gebeten.

Unsere Wälu.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	27. 11.	24. 11.
für 1 amerikanischen Dollar	4 189 500,0 M.	4 189 500,0 M.
• 1 englisches Pfund	19 354 000,0	18 354 000,0
• 1 französisches Franc	227 430,0	227 430,0
• 1 holländisches Gulden	1 596 000,0	1 596 000,0
• 1 Schweizer Franc	730 170,0	730 170,0
• 1 österreichische Krone (abgest.)	59 550 000	58 832 000
• 1 dänische Krone	121 895,0	121 895,0
• 1 baltische Krone	748 125,0	725 175,0

Alles in Millionen, mit Ausnahme Österreichs.

Bekanntmachung

des Wertes der Natural- und Sachbezüge bei Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird mit Wirkung vom 21. November 1923 ab bis auf weiteres wie folgt festgelegt:

- Wert der freien Station, einschließlich freier Wohnung nicht Heizung und Beleuchtung gleichmäßig für Stadt und Land je Person nach der Bemessung des Herrn Ritters:
 - für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeiterinnen (z. B. Köche) sowie jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter bis zum Alter von 19 Jahren, monatlich 14 400 Milliarden wöchentlich 3 323
 - für männl. Hausangestellte, Knechte männliche und weibliche Gewerbetätigen und für Personen, die der Angehörigenversicherung unterliegen, monatlich 19 200 wöchentlich 4 430
 - für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geldwechsler, Beamten, Gutshilfsleute) monatlich 24 000 wöchentlich 5 538
- freie Station (ohne Wohnung, Heizung und Beleuchtung) im einzelnen nach der Anschlag im Jahresamt und im den Gemeindefahrten vorziehen. Die Bestimmungen zu III und IV der Bekanntmachung vom 2. 12. 23 — I 5232 D. 6. — bleiben bestehen.

Breslau, den 20. November 1923.

Reichsfinanzamt,
Abteilung für Schatz- und Reichsbankwesen.

Stadttheater.

Wittwoch 7 Uhr:
1. Vorstellung im Abonnement
Die heilige Ente.
Donnerstag 6 1/2 Uhr:
Schauspiel.

Gobetheater.

Inszenierung: Paul Bernay.
Tel.: 5. 5774 und 5. 5780.

Ein Teufelstern.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Beet Gunt.

Schauspielhaus.

Opernhaus Tel. Ring 266.
Heute und morgen 7 1/2 Uhr:
Schauspiel Edith Karin
Der Sanking der Zarin.

Die kleine Sünderra.

Samstag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Die kleine Sünderra.

Theater-Theater.

Ring 5700 7 1/2 Uhr:
Man über laßt.

Clubs

Samstag 7 1/2 Uhr:
Beet Gunt
2 1/2, und 7 1/2 Uhr:
1 Kind frei
mit Kind Ausbe Preise
für Gunt ist gut gelit.

Buchhandlung

Volksrecht
Neuauflage
Klein 2, Ring 5700, 1

BK
LICHTBILDREINE
Breslauer Konzentrat.
Ab heute
und folgende Tage:
Der größte Erfolg:
„Schatten“
Beginn:
5, 6 1/2, 8 1/2, Uhr.
Außerdem: Das glänzende
Beiprogramm.
Gut geheilt!

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Dr. 4ling Seife
Bewirkt blühendes gesundes Aussehen,
hinterläßt Erfrischung und
entzückenden Duft!
Die Volksküle als Einheitsküle
Von Dr. Max Apell.
Bewertungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Redaktionen entgegengenommen.

Biocca Kaffee
gefundert und bester
Georg Jos. Scheuer
Seitfeller von dem seit 110 Jahren berühmten
Recht Doppel-Ritter
Kaffeezusatz.
In allen Kolonialwaren-Geschäften zu haben.

Die heiße und koche ich am billigsten!
Bestes Strohmittel für Kohle
Parl-Lesekoks mit K-Staub pro Ztr. **0,85** Goldmark
Erbalesekoks mit Staub „ „ **1,30** „
Klein-Koks, fast staubfrei, „ „ **1,75** „
„Babrag“, Aktiengesellschaft für Bau- und Brennstoffe,
Breslau III, Berliner Platz 18.

Graphisches Kabinett
Trewendt & Granier
Albrechtstr. 15. Teleph. 4871 Ohle
22. Nov. bis 31. Dez.:
Erich Heckel
Handzeichnungen.
Geöffnet: 10—1, 3—6,
Sonntag: 11—1.

Damenmäntel
in schönen, modernen Fassons, kaufen
Sie am besten und billigsten bei
Grete Diekamp, Elisabethstr. 7 II.
Teilzahlung gestattet. Kein Laden.

Günstiges Weihnachtsangebot!
Anzug-, Kostüm-Stoffe
Ulster-, Mantel-Stoffe
bequem auf Teilzahlung, offeriert
Tuchhandlung Neudorfstraße 4
an der Gartenstraße
2962 Geschäftszeit 9—1, 3—6 Uhr.

Wichtig für Jedermann! Große Ersparnis! Bester Ledersohlen-Ersatz!
Wir machen unseren werten Kundenkreis darauf aufmerksam, daß vielfach minderwertige Fabrikate als Gollert-
sohlen verkauft werden. — Unser Fabrikat trägt auf jeder Paarsohle
diese Schutzmarke
Gollert-Sohle
Keine reine Gummisohle,
sondern eine
Textilsohle
mit einem Zusatz
von Gummi.
Daher kein Ausgleiten
beim nassen Wetter.
Haltbarer als
bestes Kernleder.
Die Sohle ist erhältlich in allen Verkaufsstellen des Breslauer Consum-Vereins sowie in den Gollert-Bescholienstalten
Sadowastraße 42 (gegenüber Stromenger-Diele) und Oderstraße 39, nächst dem Ring (Tel. Ohle 497), wo sämtliche
Beschulungen sowie Reparaturen vorgenommen werden. — Eigenes Klebverfahren, kein Zernageln des Schuhwerks.
Gollert-Gesellschaft, Berlin.
General-Vertrieb für Schlesien: Breslau 2, Gartenstraße 86, I. Etage.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“.

Wertbeständige Einzahlungen auf den Geschäftsanteil sind das Gebot der Stunde und werden schon jetzt entgegengenommen. Neueintretende zahlen 0.50 Rentenmark Eintrittsgeld und 10.- Rentenmark mindestens Anzahlung auf Anteil.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. November.

Reinigte Sozialdemokratische Partei.

Metallarbeiter SPD.

Heute abend 6 Uhr alles bestimmt zu einer wichtigen Versammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer 9.

Beamten-Vertrauensleute SPD.

Heute abend um 7 1/2 Uhr statufindende Sitzung im Gewerkschaftshause. Genosse Schramm vom 3. d. V. spricht über: Beamtenabbaue. Niemand fehle.

Arbeiter-Jugend! Heute abend 1/7 Uhr im Gewerkschaftshause wichtige engere Vorstandssitzung. Niemand fehlen.

Donnerstag abend 8 1/2 Uhr, Beginn der Arbeiterschule „Die Wirtschaft und der Sozialismus“. Es sind zwei einführende Vorträge gegeben: a) Kultur und Wirtschaft, b) Grundbegriffe der Wirtschaftsschule. Unsere so verworrene Zeit drängt einen jeden die zwingende Notwendigkeit auf, sich Klarheit zu schaffen. Alle Junggenossen und alle Arbeiter werden gerade auf diese Arbeiterschule hingewiesen.

Donnerstag abends 6 1/2 Uhr, wird im Gewerkschaftshause unter Leitung des Genossen Dr. Lewy ein Vortragsabend über die wirtschaftliche Lage in der Welt abgehalten. Die Vorträge werden von Genossen der Partei gehalten.

Kranke und Krankenkassen.

In dieser in letzter Zeit von ärztlicher Seite mehrfach erörterten Frage nimmt nunmehr die Arbeiterschule in Breslau eine entscheidende Stellung ein.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

Die Krankenkassen haben das schlaueste Bestreben, die Form der Krankenkasse so zu gestalten, dass sie für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist. Sie wird dabei im einzelnen auch nicht unterlassen, die Krankenkassen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen.

die Honorare der Ärzte wertbeständig zu erhalten und damit einen Hauptgrund ihrer Unzufriedenheit, der übrigens zugleich auch ein Hauptgrund der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Krankenversicherung ist, zu beseitigen.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Johann Gottlieb Fichte, einer der größten deutschen Denker in notreicher und sturmbelegter Zeit Preussens, wird heute abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses von Pastor Ernst Moering in einem Vortrage seiner Bedeutung für die Gegenwart entsprechend gewürdigt werden.

Von den Arbeiter-Kinderfreunden.

Arbeiter-Eltern! Nächsten Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet in der Aula der Viktoria-Schule, Blücherstraße 9-13, ein

Eltern-Nachmittag

der Arbeiter-Kindergruppe Dertor statt.

Schon über 1 Jahr arbeiten die Arbeiter-Kinderfreunde mit ihren Kindern an den Mittwochs-Nachmittagen zusammen und manche schöne Stunde ist uns schon dadurch zuteil geworden, im Sommer bei Spiel und Tanz auf der Wiese und auf Wanderungen, im Winter bei Märchen und Geschichten im warmen Raum. Nun wollen Euch, liebe Eltern, Eure Kinder einmal in einem eigenen Nachmittag aufwarten und allen Arbeiter-Eltern, Freunden und Helfern unserer Kinderfreunde Arbeit danken, und bitten Euch nun: Seid am Sonntag bei ihnen zu Gast, und „Prohinc und Spiel im Märchenwald“ wird Euch erfreuen. Alle Arbeiter-Eltern mit ihren Kindern sind herzlich eingeladen! Zur Deckung der Unkosten muß am Eingang ein Eintrittsgeld von 2 Goldpfennigen für Erwachsene und 1 Goldpfennig für Kinder erhoben werden.

Was will Poincaré?

Ueber diese Frage ist niemand so genau unterrichtet als der Generalanzeiger und seine Leser. Neulich wollte Poincaré nach dem Generalanzeiger Hamburg besuchen. Leider hatte der Generalanzeiger damit faßlos geraten, was ja auch der bestunterrichteten Zeitung einmal passieren kann. Am Montag nun brachte er seinen Besuch bei der Kasse, die Poincaré Berlin und München besuchen wird. Vorzüglich, wie er nach Hamburg geworden ist, verriet er die jetzt gedruckte Nachricht aber doch mit einem Fragezeichen. Nach und nach wird so der Generalanzeiger eine Großstadt nach der anderen von Poincaré besetzt lassen, mit Ausnahme von Breslau, das er bereits der russischen roten Armee zugesprochen hat.

So bringt jeder Tag sein Sensationelles, ganz abgesehen von der Frage, wer Poincaré nun erwarde hat. Und für das alles zahlt der glückliche Leser nur 60 Goldpfennige die Woche, obwohl er seinen Bericht mindestens um einen Taler bereichert. Selig sind die geistig armen, denn der Generalanzeiger ist ihrer.

Wertbeständiges Geld

empfecht die Preissetze der Oberpräsidenten hauptsächlich in den Geschäften in Zahlung zu geben, die lebensnotwendige Auslandswaren, z. B. Getreide, Mehl, Zucker usw., heranzuschaffen müssen. Jeder kann so auch mit einigen Groschen im Kleinen zu seinem Teil an der Beseitigung der volkswirtschaftlichen Leiden im großen mitarbeiten. Wir erinnern daran, daß zu diesen Geschäften insbesondere der Konsumverein „Vorwärts“ gehört. Ueberhaupt kann die Arbeiterschule nicht oft genug daran erinnern werden, daß sie ihren eigenen Unternehmungen wertbeständiges Geld zuführen soll.

Streut Nie!

Zahlreiche Personen sind gestern und heute auf den glatten Bürgersteigen zu Fall gekommen. Ueberall, wo viele Menschen verkehren, bei der Krankeinfahrt und sonstigen Büros, hörte man Klagen, man sei ausgeglitten und gefallen. Nicht selten kommen dabei schwere Verletzungen, mitunter sogar Todesfälle vor. Die Hausmeister sind verpflichtet, die Bürgersteige von Schnee zu säubern und mit Asche oder Sand zu bestreuen. Nicht jeder hat beim ersten Schneefall daran gedacht. Aus der Unterlassung können aber nicht nur Straßen, sondern auch erhebliche Schadenersatzansprüche erwachsen.

Vom Flugplatz Breslau-Gandau.

Man schreibt uns: Die Stadt Breslau hat bisher nur gelegentlich bei den Reisen und außerdem vorübergehend kurze Zeit einen ständigen Flugverkehr nach Berlin und über Magdeburg nach Bremen besessen. Dies hat seine Ursache darin, daß einmal Breslau verhältnismäßig gute Eisenbahnverbindungen im innerdeutschen Verkehr, namentlich nach der Reichshauptstadt, besitzt, so daß es für eine Fluglinie, deren Benutzung erheblich teurer als die Eisenbahn ist, schwer ist, damit in Wettbewerb zu treten. Andererseits ist es bisher nicht möglich gewesen, den Flug aus Breslau so zeitig zu legen, daß die Fluggäste in Berlin Anschluss an die überseeischen Straßen erhalten hätten. Erst eine solche internationale Verbindung würde eine ausreichende Benutzung der Flugpost ermöglichen, denn es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß für den Flugverkehr hauptsächlich die großen internationalen Strecken in Frage kommen. In dieser Beziehung ist Breslau aber zurzeit sehr unglücklich dran, denn es besteht immer noch das Verbot der Entente für deutsche Flugzeuge, aber die Grenzen der Entente-Länder und der ihnen befreundeten Länder, also auch von Polen und der Tschechoslowakei, zu fliegen. Infolgedessen ist es zurzeit nicht möglich, einen Flugverkehr über Breslau und die Grenzen Schlesiens in die Ost- und Südländer einzurichten. Es ist jedoch anzunehmen, daß in absehbarer Zeit darin eine Wandlung eintritt, denn auch die Entente-Länder und die ihr befreundeten Staaten leiden unter dieser Bestimmung, insofern als Deutschland verboten hat, daß Entente-Flugzeuge und Flugzeuge der ihr befreundeten Länder die deutschen Grenzen überfliegen; zu diesem Verbot ist es nach dem Vertrage von Versailles seit Anfang dieses Jahres berechtigt. Dieser Zustand ist natürlich für alle Teile unerwünscht und es muß darin Wandel geschaffen werden. Trotz des Verbotes fliegen übrigens die transatlantischen Flugzeuge, die die Verbindung zwischen Paris-Brag und Wankau anspricht erhalten, täglich über Deutschland und Schlesien, dürfen aber in Deutschland nicht landen, im Gegenteil sie werden, wenn sie notenden, beschlagnahmt, wie dies mehrfach geschehen ist.

Es ist zu hoffen, daß im nächsten Jahre das gegenseitige Verbot aufgehoben wird, und daß damit der Weltverkehr der Zukunft neue Bahnen eröffnet werden. So besteht unter anderem seitens der Jungferwerke die Absicht, über Breslau eine Linie zwischen Madagaskar und eine London-Berlin-Indien-Linie zu eröffnen. Damit würde Breslau endlich internationaler Flughafen werden, was bisher unter den obwaltenden Umständen nicht möglich gewesen ist. Für diesen Zweck soll nun der Ezerplatz Gandau zum Flughafen eingerichtet werden. Die Verhandlungen darüber gehen seit langer Zeit und es waren verschiedene Schwierigkeiten zu beseitigen. Insbesondere müßten die dort befindlichen Hallen für den Flugverkehr instand gesetzt werden, was sehr beträchtliche Aufwendungen von über 7000 Goldmark kostet. Es bestand nun die große Schwierigkeit, wie diese Kosten gedeckt werden können, denn weder das Reich, noch der Staat, noch die Stadt Breslau, sind bei den heutigen Verhältnissen in der Lage, eine solche Summe für diesen Zweck aufzubringen, andererseits arbeiten die Flugverkehrsunternehmen immer noch mit Zuschüssen, so daß auch ihnen die Aufbringung solcher Mittel nicht zugemutet werden kann. Es ist nun den Verhandlungen des Verkehrsamts der Stadt Breslau gelungen im Reichsfinanzministerium eine Zusage zu erhalten, daß ein Teil der Baukosten, soweit sie für den Flugverkehr nicht gebraucht werden, für die Instandhaltung der übrigen Bauten verwendet und verwertet werden darf. Damit würde die Frage der Instandhaltung im wesentlichen gelöst sein, und es ist auf dieser Grundlage nach Verhandlungen mit dem Landesfinanzamt ein Vertragsskizzen ausgearbeitet worden, der die Billigung des Ausschusses für die Errichtung eines Flughafens und die Gründung einer Flughafenbetriebsgesellschaft für Breslau und Schlesien gefunden hat. Dieser Vertrag ist dem Landesfinanzamt zur Weitergabe an das Reichsfinanzministerium überandt worden und es ist zu hoffen, daß nunmehr der mit den Reichsbehörden mehrfach behandelte Vertragsskizzen endgültig ohne Anstände genehmigt wird, da die Errichtung des Flughafens Breslaus im Interesse nicht nur Breslaus und Schlesiens, sondern des gesamten Weltverkehrs liegt. Bei der großen Bedeutung der Errichtung eines Weltverkehrs über Breslau ist zu erwarten, daß sich Industrie und Handel in weitgehendem Maße an der Flughafenbetriebsgesellschaft auch finanziell beteiligen da außer der Instandhaltung der Hallen auch noch andere große Ausgaben, zum Beispiel für Aufstellung eines Turmes, zu leisten sind. Es ist unbedingt notwendig, daß der Flughafen Breslau bald so eingerichtet wird, daß er allen Erfordernissen des Weltverkehrs entspricht. Dazu gehört, daß von allen beteiligten Kreisen geschäftlich und wirtschaftlich mitgearbeitet wird. Interessenten erhalten auf Wunsch weitere Auskunft vom Verkehrsamt der Stadt Breslau. Die Flughafenbetriebsgesellschaft wird ins Leben gerufen werden, sobald der Vertrag über den Flugplatz von den Reichsbehörden genehmigt sein wird.

Die Breslauer Feuerungszahl vom 26. November, die vom Städtischen Statistischen Amt nach den Grundlagen des Statistischen Reichsamts errechnet wird und zugleich als Grundlage für die Berechnung der Reichsrichtzahl dient, beträgt 128 899 Milliarden. Amtlicher Wetterbericht. Die im Süden liegenden Störungen beeinflussen unser Wetter immer mehr, da sie einerseits durch die Zunahme warmer Luftmassen vom Süden, andererseits durch den Zutrom kalter Luftmassen von Skandinavien her noch an Energie gewinnen. Mittwoch: Meist bewölkt, zeitweise Schneefälle bei mäßigem Frost und schwacher Luftbewegung. Das Krankenhaus der Elisabethinerinnen, das durch den Brand schwer gelitten hat, bittet um Zuwendung von Geld und Naturalien. Es bittet aber auch zugleich darauf zu achten, daß keine Sammler mit besonderen Ausweisen versehen sind, die man sich vorzeigen lassen möge, wenn man etwas zu geben bereit ist. Gestohlen wurde am Eingange der Weststraße ein zweirädriger Handwagen mit zwei Margarinekübeln gefüllte Schmelze. Meldungen an die Kriminalpolizei oder an die Firma Schlegel'seifen-Industrie, Viktoriastraße 42/44 erbeten. Der Reichsbahn-Betriebschef Herrmann Freyer, Poststraße 3 wohnhaft, bittet, daß er mit dem wegen Verdachts verdächtigten Schloffer Hermann Freyer nicht identisch ist. Zirkus Straßburger. Da der Andrang zu den Sonntag-Nachmittags-Vorstellungen ein enormer ist und um allen Kindern Gelegenheit zu geben das hochinteressante Novemberprogramm, in dessen Mittelpunkt die Löwen stehen, kennen zu lernen, hat sich die Direktion entschlossen, Mittwoch und Sonnabends Nachmittagsvorstellungen einzulegen. Dieselben beginnen um 8 1/2 Uhr und hat jeder Erwachsene das Recht, ein Kind gratis einzuführen. Alle weiteren Kinder zahlen halbe Eintrittspreise. Durch die neuergeschaffte Heizungsanlage ist der Zirkus stets gut durchwärmt und ist der Aufenthalt in den weiten Hallen ein durchaus angenehmer. Näheres siehe Inserate. Die Freie Vereinigung für Heimatkunst veranstaltet vom 1. bis 15. Dezember d. J. eine Ausstellung von Gemälden und Plastiken ihrer Mitglieder in der Kunsthandlung von Krieger, Große Grotzengasse 13. Im Städtischen Schulmuseum, Paradiesstraße, findet am Mittwoch, den 28. November, nachmittags 5 Uhr, ein Lichtbild-Vortrag „Bilder aus dem Schlesienland“ statt. Eine braune Briefstange mit Ausweispapieren auf den Namen Maja lautend, ist am Dienstag nachmittag auf dem Wege vom Arbeitsnachweis nach der Hellerstraße 56 verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, die Stange mit den Papieren in der „Volkswacht“-Buchhandlung abzugeben. Das darin befindliche Geld soll er sich als Belohnung behalten. Kindesmorde. Am 5. d. Mis. wurde an der Werdermühle eine Kindesleiche aus der Ober gefunden. Die gerichtliche Section hat ergeben, daß es sich um die Leiche eines Knaben handelt, der nach der Geburt gelebt haben muß. Als Todesursache wurde festgestellt: Schädelverletzung durch stumpfen Gegenstand. Es liegt demnach vermutlich Kindesmord vor. — Am 17. November wurde an der Pöfener Eisenbahnbrücke eine Kindesleiche aufgefunden. Die Section der Leiche hat ergeben, daß das Kind, ein Mädchen, nach der Geburt gelebt hat. Als Todesursache ist Ertrinken festgestellt worden. Die Leiche war in das Hauptloch der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ Nr. 298 vom 10. Oktober 1923 und in ein weiches, noch gutes Trübsamenschiffchen hineingeworfen. Letzteres liegt bei der Kriminalpolizei in der Schulstraße 46, Zimmer 8, zur Ansicht aus, wo zweifelhafte Mittelungen in beiden Fällen erbeten werden. Der Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise hält Dienstag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, im Schlegelwerk, seine außerordentliche Hauptversammlung ab. Tagesordnung: Festsetzung der Mitgliedsbeiträge für 1924.

Bereinstalender.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Donnerstag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 28 des Gewerkschaftshauses die Vollversammlung der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahner-Verbandes statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Ausweisbüchlein der Betriebsrätezentrale und Mitgliedsbuch dienen als Ausweis. Die Ortsverwaltung.

